

Druckbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Druckerei: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2806 - 2807

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Frankreichs vier Bedingungen.

Paris, 5. Mai. (W.T.B.) Die Morgenblätter veröffentlichen schon zum Teil offenbar beeinflusste Nachrichten über den Inhalt der Note, die sich auf folgenden vier Grundfragen aufbauen soll: 1. Keine Unterhandlung ohne vorherige Einstellung des passiven Widerstandes. 2. Die besetzten Gebiete werden nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen geräumt. 3. Verhandlungen auf der Grundlage des Zahlungsplanes vom 1. Mai 1921. 4. Die Sicherheit Frankreichs muß durch praktische Maßnahmen und kann nicht durch einfache Verpflichtungen gewährleistet werden.

London, 5. Mai. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, seine Informationen zufolge sei Poincaré geneigt, nichts zu tun, was die Deutschen entweder verhindern oder entmutigen würde, weitere Angebote zu machen, obgleich er klarmachen werde, daß der augenblickliche Schritt vollkommen gescheitert sei.

### Bevorstehende französisch-belgische Konferenz.

Paris, 5. Mai. (W.T.B.) „Daily Mail“ (Pariser Ausgabe) berichtet, die belgischen Minister würden Montag oder Dienstag nach Paris kommen, um mit Poincaré zu verhandeln. Man nehme an, daß es sich um den neuen französisch-belgischen, von Barthou und Delacour vorbereiteten Reparationsplan handeln werde. Für die Konferenz seien zwei Tage vorgesehen.

Paris, 5. Mai. (G.E.) Der Brüsseler Korrespondent des „Deure“ glaubt zu wissen, daß für den Fall, daß Deutschland neue Vorschläge machen sollte, die französische und die belgische Regierung den Beschluß gefaßt hätten, folgende äußerste Bedingungen zu stellen: Wenn vorher die interalliierten Schulden annulliert würden, würde man von Deutschland eine sofortige Bezahlung von 31 Milliarden Goldmark fordern und zwar 26 Milliarden für Frankreich und 5 für Belgien. Wenn aber für die Zahlungen Fristen gefordert würden, was auch wahrscheinlich sei, weil Deutschland 31 Milliarden nicht auf einmal aufbringen könnte, so würde diese Summe um die Zinsen erhöht werden. Diese Zahlen sollten bereits dem englischen Vertreter in der Reparationskommission Bradburn bekanntgegeben worden sein und wie man glaubt, auch der deutschen Regierung.

### Belgisch-französische Einigung.

Paris, 5. Mai. (W.T.B.) Havas bemerkt in einer offenbar beeinflussten Note, der Meinungsaustrausch zwischen den französischen und den belgischen Ministern habe ergeben, daß die belgische Regierung vollkommen mit dem französischen Kabinett über die Deutschland zu erhaltende Antwort einig sei. Die von Poincaré entworfene Antwort habe die vollkommene Billigung der belgischen Minister Rheinis und Jospar gefunden, die weder eine Reserve noch eine Einschränkung gemacht, im Gegenteil vorgeschlagen hätten, gewisse Stellen der Begründungen noch zu verstärken, um den unannehmbaren Charakter der deutschen Vorschläge zu unterstreichen. Der französische Ministerpräsident habe sich sehr gern diesen berechtigten Bemerkungen angeschlossen und sofort in den Text diese zwei oder drei Bemerkungen eingefügt, die noch mehr Sinn und Tragweite unterstreichen. Der vollständige Text der Note soll gestern wiederum durch besondere Kurier nach Brüssel abgegangen sein, und man hofft, daß sie in ihrer endgültigen Form nach Prüfung durch das gesamte belgische Kabinett zweifellos heute abgehen werde. Es sei also möglich, daß die belgische Antwort fast den gleichen Wortlaut haben werde wie die französische Note. Poincaré werde heute mittag von der Entschreibung seiner belgischen Kollegen unterrichtet sein. Auf alle Fälle werde die französische Note den Botschaften von England, Italien und den Vereinigten Staaten zu Beginn des Nachmittags übermittelt werden. Poincaré habe dem britischen Botschafter Lord Crewe, der ihn gestern abend besucht hat, schon die großen Züge mitgeteilt. Erst im Laufe des heutigen Abends werde die Antwort der deutschen Botschaft übermittelt und zu gleicher Zeit der Presse übergeben werden.

Havas berichtet ferner, man dürfe annehmen, daß Poincaré vor dem Parlament bei seinem Wiederkommensein keine Erklärungen über die deutschen Vorschläge abgeben und daß er die Vertagung der Interpellationen über die Besetzung des Ruhrgebiets verlangen werde. Er werde sich an seine offizielle Antwort halten, die, wenn auch in mäßigem Tone, die für jeden unparteiischen Beobachter unabweisbare Begründung ist, daß die Note des deutschen Reichskanzlers die Beseitigung des Versailles Vertrages bedeute.

### Die Bedeutung der Erklärung Curzons.

London, 5. Mai. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die gestrige Erklärung Lord Curzons, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit Frankreich und Belgien stehe und daß auch die Alliierten aus der augenblicklichen schwierigen Lage nur durch eine gemeinsame Aktion herauskommen können, sei von hervorragender Bedeutung. Es sei möglich, daß die deutsche Note sehr zur Einleitung von Verhandlungen führe. Italien verfolge die Ereignisse mit großem Interesse, und es verlautete, daß, falls England eine Konferenz vorschlagen sollte, die italienische und die belgische Regierung wahrscheinlich den Vorschlag unterstützen werden. Dem Berichterstatter zufolge wird die Frage nächste Woche im Unterhaus erörtert werden.

### Ein Appell an Curzon.

London, 5. Mai. (W.T.B.) Die Wochenzeitschrift „The Nation“, die gestern zum ersten Male unter ihrer neuen Leitung, darunter Prof. Keynes, erschien, schreibt, eine große Verantwortlichkeit ruhe auf Lord Curzon. Er habe zur Unterbreitung des deutschen Angebotes aufgefordert und sei daher gezwungen, jede Lösung, die

sie enthalte, zu verfolgen. Er habe Deutschland nicht erjucht, zu kapitulieren. Es sei sicher die Pflicht Curzons, zu erklären, daß Großbritannien als einer der Unterzeichner des Versailler Vertrages den deutschen Appell an eine unparteiliche Entscheidung annimmt.

### Der englische Standpunkt.

Frankfurt, 5. Mai. (W.T.B.) Ueber die Haltung Englands berichtet der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“: Anzeichen deuten darauf hin, daß die englische Regierung sich von der extremen Richtung der Tories nicht zu einer formalen Schroffheit drängen lassen wird. Sollen die Tories der Rat der „Morning Post“ ausscheiden, daß England seine Neutralität nunmehr zugunsten Frankreichs aufgeben solle, um Deutschland niederzuzwingen. Bismarck dürfe die englische Haltung auf Vorsicht und Zeitgewinnen abgestellt sein. Berichte aus Brüssel und Washington deuten auf eine ähnliche Ansicht der dortigen Regierungen. In diesem Zusammenhang verdient ein Bericht des „Daily Telegraph“ über einen neuerdings zwischen den belgischen und französischen Experten ausgearbeiteten Reparationsplan starke Beachtung. Somit ist eine allgemeine Lendeng verspürbar,

den schwachen Taden, wenn möglich, fortzuspinnen.

Jedoch besteht die Tatsache fort, daß auch innerhalb der englischen Regierung und ihrer Anhänger auch divergierende Strömungen vorhanden sind, eine davon zugunsten eines vorsichtigen Vorgehens, weil die Rede Curzons immerhin einen Vorschlag, wenngleich einen ungünstigen, ergibt habe; die andere Strömung zugunsten des Fortlaufens hinter der Pariser Politik. Trotz der ungünstigen Wirkung der Rede Curzons ist diese zweite an einer Enfsaltung gehindert, besonders wegen der Kritik der Opposition an der eiferfertigen französischen Ablehnung, die übrigens wegen des Mangels an der Pariser Kooperation mit London auch auf Seiten der Regierung Anstoß erregt. Die Kommentare der „Westminster Gazette“ und des „Manchester Guardian“ können dabei für die Regierung nicht gleichgültig sein, ebensowenig die gestrige Resolution der Labour Party. Beides wird sich im Parlament bemerkbar machen. Für Deutschland ist besonders beachtenswert, daß die ungünstigere Strömung von der Möglichkeit ausgeht, daß

die deutsche Note in mancher Hinsicht nicht das letzte Wort zu sein brauche. Diese Kreise meinen, daß die Dehnbarkeit der Vorschläge, sowie deren Ergänzung hinsichtlich des Zahlungsmodus und der Garantien in weiteren deutschen Äußerungen ihren Ausdruck finden soll.

### Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist auf Mittwoch, 10 Uhr vormittag, einberufen. Auf seiner Tagesordnung stehen zunächst die Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich und Belgien und der Bericht des Unterausschusses über den Fehrenbach-Prozess. Es ist jedoch möglich, daß es zu einer großen Auseinandersetzung über die auswärtige Lage kommt, falls bis dahin Klarheit über die Wirkungen der deutschen Note eingetreten sein sollte.

### Das Ministerium weiß alles.

Aber es verhindert nichts.

Unsere wohlwollende Annahme, daß das Erscheinen von Hindenburg und Eitel früh in Lichterfelde dem Reichswehrministerium nicht bekannt gewesen sei und daß es deshalb keine Maßnahmen gegen diese monarchistische Demonstration ergreifen hätte, wird durch ein bürgerliches Mittagsblatt, augenscheinlich in höherem Auftrage, widerlegt. Dort ist zu lesen, daß das Reichswehrministerium von allen Einzelheiten der Veranstaltung vorher unterrichtet war, das Programm gebilligt habe, und daß es infolgedessen auch nichts unternahm, um seine Durchführung zu verhindern. Die ganze Veranstaltung sei getroffen, weil Hindenburg einmal beim 3. Garderegiment gedient und Eitel früh einmal der vom Kaiser ernannte „Chef“ dieses Regiments gewesen ist. Und da nun beim Schützenbataillon Lichterfelde der „Traditionstruppenteil“ vom 3. Garderegiment stehe, so habe dieses Bataillon die erlauchten Monarchistenführer als Gäste eingeladen, um an einer Denkmalseinweihung teilzunehmen. Allerdings verleiht das Mittagsblatt, in dem Programm habe jede monarchistische Rundgebung gefehlt.

Durch diese Mitteilungen wird die Sache noch schlimmer als sie vorher war. Jeder halbwegs gebildete Laie muß sich sagen, daß ein kaiserlicher Marschall und ein kaiserlicher Prinz bei der Reichswehr der Republik nicht das geringste zu tun haben und daß ihre Zugehörigkeit zur früheren kaiserlichen Armee sie in keiner Weise berechtigen, in der republikanischen Wehrmacht irgendeine Vönerrolle zu übernehmen. Was für den Galen gilt, sollte in noch höherem Maße für die Militärverwaltung gelten. Wenn aber wirklich das Reichswehrministerium für den Lichterfelder Anflug die Verantwortung übernehmen will, so ist die Frage an den Reichskanzler und an das Außenministerium um so berechtigter, ob sie sich nicht der außenpolitischen Wirkungen dieser Militärspielerei bewusst sind und ob sie nichts zu tun gedenken, um solche Spielereien für die Zukunft zu verhindern!

Die neue spanische Kammer wird annähernd 228 ministerielle Abgeordnete umfassen, die Opposition dagegen 180 Mitglieder, darunter 88 Konservern, 12 Anhänger Mauras, 20 von Cieros, 22 Regionalisten, 11 Republikaner, 9 Unabhängige, 7 Sozialisten usw.

Dollar 34000!

## Vor den Oldenburger Wahlen.

Von Josef Riehe.

Der Freistaat Oldenburg steht vor Neuwahlen. Die dreijährige Periode, für die der gegenwärtige Landtag gewählt war, ist in den Apriltagen abgelaufen, und verfassungsgemäß müssen die Wahlen zum neuen Landesparlament spätestens im Juni stattfinden. Nun hätte es zwar im Ermessen der Landesvertretung gelegen, die Wahlen hinauszuschieben, auf außerpolitisch ruhigere Zeiten zu warten, jedoch scheiterten durch die derzeitige Regierungskoalition in dieser Richtung angestrebte Versuche an dem unweigerlichen „Rein!“ der außerhalb dieser Koalition stehenden Deutschen Volkspartei. Sogar ein diesbezüglicher Schritt des Reichskanzlers Cuno und ein weiterer des Innenministers Dejer konnten eine halbjährige Vertagung der Wahl nicht erwirken. Die Volksparteiler bestanden auf ihrem Schein. Erreicht wurde nur, daß die Wahlen in dem im Hunsrück gelegenen, seit vier Jahren durch französisches Militär besetzten Landesteil Birkenfeld bis zu den nächsten Reichstagswahlen hinausgeschoben wurden.

Die sozialdemokratische Fraktion stand einer Verlängerung der gegenwärtigen Legislaturperiode aus naheliegenden Gründen skeptisch gegenüber; im Interesse der Einheitslichkeit und des ruhigen Fortbestehens des Freistaates war sie schließlich zu einer kurzfristigen Vertagung bereit. Die Gründe liegen ähnlich wie in Anhalt, wo man bekanntlich gleichfalls die Wahlen vertagt hat. Inves die angeblichen Erbpächter und Verteidiger der inneren nationalen Geschlossenheit, des Burgfriedens und der Ruhrabwehr, die ganz im deutschnationalen Fahrwasser stehenden Volksparteiler widersprachen auf das entschiedenste. Kurz und gut, die verfassungsgemäß erforderliche Zweidrittelmehrheit fand sich nicht, und die Wahlen finden Anfang Juni statt.

Die Haltung der Volksparteiler wird verständlich, wenn man weiß, daß es dieser Partei aus parteiegoistischem Zweck einzig darauf ankommt, die gegenwärtige, aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten bestehende Landtagsmehrheit zu zerschlagen bzw. das derzeitige Ministerium Tanzen zu stürzen. Alles andere Gerede vom Hochhalten der Landesverfassung (ausgerechnet durch diese hier ganz rechtsorientierte Rechtspartei) ist nichts als Wäsche hinter der man die eigentlichen Gründe und Absichten formal zu verbergen sucht. Alle Redereien von nationaler Einheitsfront und anderen mehr oder weniger schönen und zeitgemäßen Dingen wird durch diese Haltung der Oldenburger Deutschvolksparteiler blödsinnig beleuchtet. Was kümmern diese Herrschaften die nationalen und staatlichen Belange, Hauptsache, daß der Parteiegoismus mit seinen wirtschaftlichen Hintergründen zum Ziel kommt. Der aber sah sich im Zeichen der bisherigen Koalition nicht gerade auf Rosenfeldern gebettet. Daher der Haß gegen diese, deshalb das unbedingte Verharren auf sofortiger Wahl. So die Tatsachen.

Die politische Entwicklung im Oldenburger Lande vertieft seit den kurzfristigen Nachwehen des Novemberumschwunges in verhältnismäßig ruhigen Bahnen. Regierung und Landtag erledigen eine ganze Reihe wichtiger gesetzgeberischer Arbeiten. Es sei hier nur auf die umfangreiche Siedlungstätigkeit in den ausgedehnten Moorbezirken hingewiesen, durch die weite Strecken Deblands der Kultur erschlossen werden. Ferner auf die Kanalarbeiten an der Hunte zwischen Oldenburg und Campe, die einen Wasserweganschluß an das westfälische Industriegebiet zum Ziele haben und bei denen eine größere Anzahl Arbeitsloser beschäftigt wird. Des weiteren auf das noch bremsendem Ruster aufgebaute Arbeiterkammergesetz. Um nur einiges zu nennen. Eine Reihe weitergehende Mäße wirtschaftlichen und sozialen Charakters wurden leider durch den agrarischen Einschlag des Landtages zunichte gemacht. Zum Scheitern verurteilt war beispielsweise die von der Regierung eingebrachte Vorlage zur Einführung einer Blehsteuer. Die Deutschvolksparteiler waren dagegen, und da man auch in Zentrumsstreifen bald in aufständiger Weise mit den agrarischen Interessenträgern zu Lebäugen begann, so sah sich die Regierung genötigt, die Vorlage zurückzuziehen und die fehlenden Gelder aus den Taschen der städtischen Hausbesitzer und Mieter zu holen. Auch in der Frage der Milchverbilligung mußte die Regierung mit einem scharfen Ansturm des agrarischen Elements kämpfen und konnte so auch hier trotz anfänglicher bester Absichten nur halbe Arbeit geleistet werden. Sehr zum Leidwesen der proletarischen städtischen Verbraucher.

Das ist das Charakteristische der politischen Entwicklung in Oldenburg: die ursprünglich stark demokratisch eingestellten Parteien des Zentrums und der Demokraten begannen im Laufe der Zeit unzuverlässig zu werden. Der rechte Flügel des Zentrums sympathisierte in einzelnen Fragen mit der außerhalb der Koalition stehenden, diese also bekämpfenden, Deutschen Volkspartei, und auch die Demokraten verlagten zuweilen ihrem langjährigen Führer und jetzigen Ministerpräsidenten Tanzen die Gefolgschaft. Das grundbesitzende großbäuerliche Element, das mit Hilfe des städtischen Bürgeriums lange Jahre den alten Albert Traeger in den Reichstag schickte, hat sich heute zu einem guten Teil von den Idealen der Demokratie und der Republik entfernt und ist mehr und mehr nach rechts geschwenkt. Schon bei den letzten, nach dem Kapp-Putsch erfolgten Wahlen zeigte sich das. Und sehr wahrscheinlich wird es sich auch bei den kommenden Landtagswahlen bemerkbar machen.

In dieser Richtung gehen auch die Hoffnungen der sich auf den eigentlichen Macher der Sache, den agrarischen Land- und stützenden Deutschvolksparteiler. Steht es doch nun



einmal fest: Soviel Schaum auch auf manchen Reden, Drohungen und Warnungen des Ministerpräsidenten Langen schwamm: getragen von der sozialdemokratischen Fraktion war ihnen dieser Mann ein Greuel. In politischen wie in wirtschaftlichen Dingen. Dazu hatte sich Langen in den entscheidenden Tagen nach dem Sturz des Großherzogs wie auch in denen des Kapp-Putsches als ein sehr entschiedener Mann gezeigt. Sogar der damals nach Süddeutschland geflüchteten Reichsregierung konnte er das Angebot machen, im Notfall in Oldenburg ein sicheres und zuverlässiges Gastrecht aufzusuchen. Dergleichen hat man außerhalb der Koalition sehr über vermerkt. Zumal die Vertreter der Deutschen Volkspartei in Oldenburg sich von den wackelhaftesten Deutschnationalen (die im Landtag kein Mandat besitzen) kaum unterscheiden!

Zur Stunde sind die Wahlausrufer der Parteien noch nicht erschienen, doch haben sowohl unsere Partei wie auch die Demokraten und das Zentrum bereits ihre Kandidaten nominiert. Der bisherige Landtag setzte sich aus 48 Abgeordneten zusammen. Nach dem neuen Wahlgesetz kommt auf 4000 Wähler ein Abgeordneter. Soll der Landtag die alte Stärke erreichen, so ist eine Wahlbeteiligung von achtzig Prozent der Wähler erforderlich, mit der allerdings kaum zu rechnen ist.

Somohl Vertreter der Deutschen Volkspartei wie auch Kreise des Zentrums wünschten einen Wahlkampf, bei dem im Interesse der Abwehrfront von einem eigentlichen Parteikampf wenig zu merken sein möge. Auf dergleichen im Trüben fischende Spekulation konnte sich selbstredend die Sozialdemokratische Partei in keinem Falle einlassen. Im Gegenteil, sie wird jede Gelegenheit benutzen, um insbesondere das heuchlerische und volksfeindliche Gebaren der Volksparteiler zu kennzeichnen. Unsere Partei kann mit frohem Mute in die Wahlschlacht ziehen. Sie hat im Interesse des Landes getan, was sie tun konnte und tun mußte. Sie war stets bemüht, die Lasten von den Schultern der wirtschaftlich Schwachen zu nehmen und sie dem Besten auszubürden. Dazu ist die Stimmung der Arbeiterschaft, insbesondere in den Industrieorten Rüstingen, Delmenhorst, Brake und Nordenham eine gute.

## Volkspartei und Erfassung der Sachwerte.

Strefemann über die große Koalition.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Strefemann, der von dem deutschnationalen Professor M. Spahn angegriffen worden war, beschäftigt sich im „Tag“ mit den politischen Notwendigkeiten, vor die der Kampf um eine endgültige Lösung des Reparationsproblems Deutschland stellt. Nach einem Rückblick auf die letzten Kriegsjahre und die Jahre nach der Revolution, in dem er zu dem Schluß kommt, daß Deutschland sich auf dem Wege zur innerpolitischen Konsolidierung befindet, geht er auf die Frage der großen Koalition ein, die er als eine taktische Frage bezeichnet. Die Voraussetzung für eine Gesundung Deutschlands sei die endgültige Lösung der Reparationsfrage und die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland und Ruhrgebiet. Um das zu erreichen, muß man den falschen Anschein vermeiden, als verführe Deutschland, sich seinen Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Ein deutsches Angebot, das angesichts der unberechenbar übertriebenen Forderungen der Alliierten immer sehr gering erscheinen werde, müsse sich auf etwas anderes als das maßlos zerrüttete deutsche Budget stützen, d. h. die Wirtschaft müsse zur Abtragung der Kriegskosten herangezogen werden.

„Wer an die Frage der Erfassung der deutschen Sachwerte herangeht“, so führt Strefemann wörtlich aus, „um innerpolitische Konzessionen an die Linke zu machen oder um ein Provisorium zu erlangen, das uns nur ein paar Jahre Atemfrist gibt, würde einen nicht widergutzumachenden Fehler begehen. Wenn wir aber durch die Garantie der Wirtschaft eine erträgliche endgültige Lösung der Reparationsfrage erhalten können, dann muß sie dem Staate zur Verfügung gestellt werden.“

Nachdem Abgeordneter Strefemann das Problem der Erfassung der Sachwerte so aus dem Gebiet der inneren Politik

auf das der äußeren Politik überführt und auf diese Weise die Frage der Großen Koalition von dieser Materie gewissermaßen entlastet hat, erklärt er es für eine außerordentlich wichtige Aufgabe, Sozialismus und Staatsbewußtsein miteinander zu vereinen. Er sagt:

„Nur törichte Leute können in Gelächter ausbrechen, wenn man von dieser Einigungsmöglichkeit spricht. Viele Führer der Sozialdemokratie haben durch Taten bewiesen, daß sie dieses Staatsbewußtsein besitzen, und es auch nach außen zum Ausdruck gebracht. Wären wir frei geblieben von Putsch und politischen Morden, dann würde die Verschmelzung von Staatsbewußtsein und Sozialismus längst größere Fortschritte gemacht haben.“

Die Deutsche Volkspartei stelle dem Bemühen gewisser Kreise, Deutschland in einen Rechtsblock und Linksblock zu zerpalten, den Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüber. Der Ruhrkampf sei nicht zu gewinnen ohne eine solche Volksgemeinschaft. Ohne ein Bekenntnis zum bestehenden Staate lasse sich diese Gemeinschaft aber nicht erreichen.

„Die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu verbessern, ist Recht und Pflicht eines jeden, der im Staate mitarbeitet. Notwendig ist aber dazu, daß kein Zweifel darüber besteht, daß das gegenwärtige Geschlecht sich zum heutigen Staate bekennt, ihn nicht verachtet und verleumdet, sondern mitarbeitete und ihn verteidigt nach außen und nach innen.“

Die bemerkenswerten Ausführungen schließen mit einem Appell an die Einsicht, daß nicht eine Verschärfung der Gegensätze im Innern, sondern nur ihre Überwindung Deutschland wieder aufrichten kann.

## Der ausgesperrte Küpel.

Kap durch Polizei zurückgehalten.

Kurz vor Beginn der heutigen Sitzung spielten sich vor den Eingangstüren zum Plenarsaal des Preussischen Landtages erregte Szenen ab. Wiederholt versuchte der Kommunist Kap, der bekanntlich am Freitag auf 15 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen wurde, in den Plenarsaal hineinzugelangen. Kriminalbeamte hinderten ihn daran. Abg. Kap protestierte heftig und berief sich auf die Strafbestimmungen gegen denjenigen, der einen Abgeordneten hindert, sein Mandat auszuüben. Im Anschluß daran kam es zu mehreren heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und unseren Genossen.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. Alle Augen sind zunächst auf die Eingangstür an der linken Seite des Saales gerichtet, durch welche, wie man erwartet, der ausgeschlossene Abgeordnete Kap eindringen versuchen wird.

Präsident Leinert gibt zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung eine Protesterklärung gegen die Befugnisse ab: Der französische und belgische Militarismus — betonte der Präsident — hat wiederum die Immunität von Mitgliedern des Preussischen Landtages mißachtet. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Zwischenrufe: Sie haben ja selbst die Polizei hier heringebracht!) Der Abgeordnete Schluchmann ist von den französisch-belgischen Behörden verhaftet worden. Die Reichsregierung hat gegen die Verletzung der Immunität deutscher Abgeordneter in Paris, London und Brüssel erneut scharfe Verwahrung eingelegt.

Außerhalb der Tagesordnung erhält sodann das Wort zu einer Erörterung der Abgeordnete Kusch (bei keiner Fraktion). Er beschließt sich darin mit dem Prozeß Kuttner und hält nach wie vor den Vorwurf der persönlichen Hege gegen Kuttner aufrecht. Sodann erhält das Wort zu einer Erörterung außerhalb der Tagesordnung der Kommunist Schulz-Neußlin. Die Fraktion der Kommunisten — erklärt Schulz — erhebt scharfen Protest gegen den Ausschluß des Mitgliedes Kap. Wenn dieser Ausschluß mit der Behauptung begründet wird, er habe eine das ganze Haus beleidigende Äußerung „schmieriges Gefindel“ gebraucht, so stellen wir demgegenüber fest, daß dieses Wort in Erwiderung zahlloser, schwer beleidigender Zwischenrufe gefallen ist, die gegen die kommunistische Fraktion im allgemeinen und gegen den Abg. Kap im besonderen gerichtet waren. Der Präsident rügte diese, weithin vernehmbareren Zwischenrufe nicht. Auf den berechtigten Gegenruf des Abg. Kap riefen sozialdemokratische Abgeordnete: „Holt doch den Burichen herunter!“ Darauf stürzten sich Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion unter Führung ihres Saalschutzes (schallende Heiterkeit) auf unseren Genossen Kap und andere Mitglieder der kommunistischen Fraktion und schlugen auf sie ein. Die Namen der Prügelhelden sind dem Präsidenten Leinert bekannt. Trotzdem weigert sich Leinert,

Mahnahmen gegen das gewalttätige Auftreten der Sozialdemokraten zu treffen. Es handelt sich um gewollte Gewalttätigkeiten. Die Mahnahmen gegen Kap sollen die Opposition der Kommunisten politisch treffen. Der Ausschluß des Abg. Kap ist ein unerhörter Verfassungsverstoß. (Beifall bei den Kommunisten. — Lachen bei der Mehrheit.)

Der Kommunist Bled erklärt, daß sich Polizeibeamte im Hause befinden, auch auf der Rednertribüne seien solche Herren. Bled beantragt, der Landtag solle gegen die Antwort des Präsidenten, wonach Kriminalbeamte in großer Zahl sich im Hause befinden, protestieren.

Präsident Leinert stellt geschäftsordnungsmäßig die Frage, ob der sofortige Behandlung dieses Antrages widersprochen werde. Nahezu einstimmiger Widerspruch der Mehrheit wird laut und damit ist dieser Antrag erledigt.

Der Kommunist Schulz-Neußlin stellt darauf den Antrag, den Präsidenten sofort seines Amtes zu entheben. (Schallende Heiterkeit im Hause.) Hierauf verlangt Schulz die sofortige Behandlung des Antrages Kiliau über die mitteldeutschen Unruhen.

## Der Krupp-Prozess in Werden.

Werden, 5. Mai. (W.T.B.) Man nimmt an, daß eine Beendigung des Prozesses heute nicht mehr möglich sein wird, und daß die Verhandlungen am Montag fortgesetzt werden.

Zuerst wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Herr v. Bülow, Direktor bei Krupp, kann über die Vorgänge am Rarionnabend wenig aus eigener Erfahrung berichten. Es war ihm mitgeteilt worden, daß Franzosen in dem Werk seien, und da er die Aufgabe hatte, im Fall der Anwesenheit einer französischen Kommission im Hauptverwaltungsgebäude im Auftrage des Direktoriums mit den Franzosen die ersten Verhandlungen zu führen, hatte er sich nach dort begeben. Ein Eingreifen sei aber in keiner Weise in Frage gekommen, weil sich keine Kommission im Verwaltungsgebäude gezeigt habe.

Der französische Soldat Gequiere, der bei den Verhandlungen zwischen Müller und dem französischen Offizier am 31. März als Dolmetscher tätig war, schildert die Vorgänge mit erregten Gesten und in stark übertriebener Weise, ohne daß er seine in der Voruntersuchung gemachten sehr wichtigen Aussagen durchweg aufrechterhalten kann. So hatte er behauptet, Müller habe sich ihm bei den Verhandlungen als „chef de garage“ vorgestellt, während er heute angeben muß, Müller habe erklärt, er spreche als Führer der Arbeiterschaft, welche die Besetzung der Autogarage nicht dulde. Hier kommt es zu einem Zwischenfall.

Direktor Desterle übersetzt dem neben ihm sitzenden Betriebsratsmitglied Müller einige Worte des in der Hauptsache ohne Dolmetscher vernommenen französischen Zeugen, worauf der Staatsanwalt erregt Protest einlegt. Der Vorsitzende ordnet daraufhin an, daß Müller und die Direktoren nicht mehr zusammen sitzen.

Gequiere behauptet dann weiter, daß Müller, wie er deutsch gehört habe, zu den Arbeitern gesagt habe, als der Offizier zum drittenmal den Abzug abgelehnt habe, sie sollten um die Garage herumgehen, damit die Franzosen nicht herauskommen könnten.

Müller bestreitet das mit aller Entschiedenheit und verweist auf verschiedene durch ihn benannte Zeugen, deren Aussagen das Gegenteil erweisen würden.

In recht erhebliche Widersprüche verwickelt sich der Zeuge auch beim letzten, wichtigsten Teil seiner Aussage, wo er behauptet, er habe Müller gesagt, die Menge solle auseinandergehen, da der Offizier sonst schießen lassen werde. Auf Vorbehalt muß er endlich zugeben, daß er wohl gesagt habe, es werde geschossen werden, wenn die Menge die Eingänge des Tunnels überschreite. Gequiere soll schließlich vor dem Feuerbefehl des französischen Offiziers fünf bis sechsmal die Worte gesprochen haben: „Wenn sie nicht weggehen, gibt es Feuer.“

Daraufhin trat eine kurze Pause ein.

Lebende Leichen. Eine Verlammlung russischer Monarchisten im Berliner Restaurant „Rheingold“ hat eine Resolution angenommen, in welcher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Monarchistengruppen und weiter hervorgehoben wird, daß nur unter der bewährten Führung des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, der gegenwärtig in Rom weilt, die russischen Monarchisten zum Siege gelangen werden.

## Schillerpark.

Von Joseph Roth.

Der Schillerpark eröffnet sich unermüdet im Vorder der Stadt, eine überraschende Kostbarkeit hinter dem Alttag nördlicher Schalthöhe und Bogenhofer: ein Park im Exil. Er sieht aus, als wäre er einmal im Westen gewesen und als hätte man ihm anlässlich seiner Verbannung seinen Schmuck abgenommen und die Edelschwäne und das Witterhäuschen mit Barometer und Sonnenuhr.

Gebliedert sind ihm die Trauerweiden und sein Gefolge, die Parkwächter. Das sind schweigende und wahrscheinlich wertvolle Menschen, weil sie keinen freilegenderen Beruf haben. Sie sind die einzige harmlose Polizei in dieser Welt, von Gott und dem Magistrat eingesehene Warnungstafeln, die vor Vangerweise plötzlich ihren Standort verlassen und in den Alleen auf und ab zu wandern anfangen. Auf ihren Gesichtern steht die verwitterte Inschrift: Bürger, schließt eure Anlagen — und die Weidenruten, die in den Händen halten, sind gewissermaßen wedelnde und sanfte Ausrufungszeichen. Die Parkwächter sind übrigens die einzigen Lebenden, die besagt sind, den Rasen zu zertreten.

Ich möchte gerne, was die Parkwächter im Winter tun. Undenkbar fast, daß sie jemals der Park verlassen und in ihrer Küchenwohnung hausen, mit Weib und Kindern. Sie hüllen sich vielleicht in Strohhalm und Lappen, und die Vorübergehenden halten sie für Rosenstöcke, Faune aus Marmor oder erzene Brunnenengel. Ober sie graben sich für den Winter ein und ersprießen dann im Benz mit dem Brimex und den ersten Weissen. Daß sie sich von Hagebutten nähren wie Waldvögel, habe ich selbst gesehen. Wenn man sie fragt, befinnen sie sich lange, ehe sie eine Antwort geben. Es ist immer ein Stück Einsamkeit um sie, wie um Totengräber und Leuchtturmwärter.

Die Menschen, die in der Gegend des Schillerparks leben, müssen an jedem Vormittag arbeiten. Deshalb ist der Schillerpark genau so menschenleer, wie wenn es verboten wäre, ihn zu betreten. Nur selten tropft ein Arbeitsloser durchs Gehege. Und zwei Mädchen, siebzehnjährig und naturbesessen, wandeln durch seine Allee. Das sieht aus, als vermöchten Birken plötzlich zu wandern. Die wirklichen Birken aber sind festgewurzelt und dürfen sich nur in den Höhen wiegen.

Die Kinder kommen um drei Uhr nachmittags mit Schaukeln, Spaten und Müttern. Sie legen die Mütter auf den breiten weißen Bänken ab und truppeln zum Sandplatz.

Den Sand hat der liebe Gott eigens für die Kinder erfunden, auf daß sie in weiser Abnunglosigkeit des Spiels Zweck und Ziel irdischer Tätigkeit ver sinnbildlichen. Sie schaufeln den Sand einer Stelle in einen Blechimer, schleppen ihn an eine andere Stelle und schütten ihn hier aus. Dann kommen andere Kinder und schaufeln den aufgeschütteten Sand wieder dorthin, woher er stammte.

Und so ist das Leben...

Die Frühjahrsausstellung, die heute mittag am Pariser Platz 4 eröffnet wurde, gehört zu den gelungensten Veranstaltungen unserer Akademie der Künste. Ein paar mittelmäßige Werke weniger, und man könnte von einer wahren und wirtschaftlichen Elite-Ausstellung reden. Keine Richtung herrscht vor, Naturalismus und Expressionismus sind vertreten. Liebermann, Corinth, Dettmann erscheinen neben Kolschka, Rohls, Kirchner und Beckstein und den Übergang zwischen den Extremen bilden Jäckel, Krausopf, Klaus Richter, Wilhelm Schmid, Drlik, Parisek, Desterle, Purrmann. Alle diese Meister und Führer zeigen sich in ihrer bekannten Eigenart, aber fast durchweg in bester Qualität. Sensation gibt es nicht, wenn man nicht etwa die drei Gemälde Kirchners dazu rechnen will, die eine Kraft und Strenge der Stillesehung offenbaren, die den früheren Schöpfungen dieses oft allzu weichen und gefälligen Künstlers nicht eignen. Gegenüber der Malerei tritt die Plastik merklich zurück. Die ganz Großen fehlen. Wir müssen uns mit den Braven und Tüchtigen begnügen, und in diesem Rahmen erscheinen die Arbeiten von Barlach, Haller, Klimsch, Lederer und der Renee Sintenis schon als Gipfelpunkte. Einen besonderen Reiz bilden die Kollektivausstellungen: Siepp, Ruch, Karl Hofer und der verstorbene Looschen sind dieser Auszeichnung gewürdigt worden. Schade, daß die betreffenden Räume (9, 4, 5 und 10) nicht zusammenhängend nebeneinander liegen. Rann würde sonst hier einen bequemen und lehrreichen Ueberblick über den Entwicklungsgang des malerischen Stils im letzten Menschenalter genießen können: Looschen, der noch vielfach am Altan, akademisch Konventionellen hängt, aber doch schon zahlreiche Reime einer neuen Anschauung aufweist; Siepp, in dem der deutsche Impressionismus eine nicht mehr zu übergipfelnde Höhe erreicht; Ruch, der Seelenmaler, der sich von der äußeren Erscheinung der Dinge immer mehr abwendet und das Innerste, intuitiv Geschaute zu gestalten sucht; und Hofer, der die gegenwärtig letzte Stufe der Entwicklung, den Expressionismus, in seiner künstlerischen Vollendung zeigt. Für den Spezialkenner und den Forscher sind diese Kollektionen von besonderem Wert dadurch, daß sie eine große Anzahl von Werken enthalten, die sich im Privatbesitz befinden und daher nur selten in Ausstellungen erscheinen.

John Schikomski.

Konzert des Sängerkörpers „Typografia“ Prag. Zu einem musikalischen Ereignis gestaltete sich das Auftreten der „Typografia“ Prag in den Kammersälen. Die aus fünfzig Sängern bestehende Gemeinschaft von Buchdruckergehilfen war im Anschluß an ein Konzert, welches sie auf Einladung des Brudersektorsvereins in Pöppitz veranstaltet hatte, nach Berlin gekommen, um auch den hiesigen Sängerkörpers ihre Kunst zu zeigen. Und wahrlich, Kunst war es, was die Sänger boten. Diese kleine Schar stellt man darf es ohne Reiz aussprechen, alles in den Schatten, was hier bisher von Arbeitserkähren erreicht und geboten wurde. Welche Stimmenpracht! Welche Rusikalität! In glücklichster Weise verbinden sich hier die vorzige slavischer Singebegabung mit ungewöhnlichem Stimmenmaterial. Dazu kommt eine Hingebung und Begelisterung für die Sache, welche sich in straffster Disziplin und genauester Befolgung der vom Dirigenten ausgehenden Intentionen äußert. Alle Stürkgrade wandeln sie ab, auch die Tendenz, vom

duftigsten, aber klingenden Pianissimo bis zum strahlendsten Fortissimo, keinen unternen Ton hört man, keinen unnoehmeren. Die Leistungen erinnern in ihrer Geschlossenheit, bravourosen Technik und detaillierten Ausführung an die des Ultrarischen Chors. Sie klingen nur scheinbar wieder scheinlicher Kompositionen von stark nationaler Eigenart, ansehnend des Vereins ureigenes Gebiet. Das Verdienst für diese prachtvollen Leistungen gebührt dem Chorleiter Diatac Seliger, welcher ohne Dirigentenstab, wie bei den slavischen Chören meist üblich, mit seinen Sängern im innigsten Kontakt steht, der sie auf diese musikalische und virtuose Höhe gebracht hat. Nichtendmollerndem Beifall lohnte die Darbietungen des Chors, der sich zu mehreren Wiederholungen entschließen mußte. Schade, daß das Auftreten der „Typografia“ Prag nicht in einem größeren Rahmen stattgefunden hat, mancher unserer Arbeitserkähre hätte merken können, was ihm noch fehlt, und es wäre ein Ansporn geworden, an solchen eminenten Leistungen sich ein Beispiel zu nehmen. Die „Typografia“ Berlin, welche das Konzert arrangiert hatte, leitete jeden Konzertteil mit einem Niede ein und ab auf hümisches Verlangen „Lord Goleson“ zu. An das Konzert, welchem u. a. der Reichstagspräsident Böbe beigewohnt hatte, schloß sich ein geistliches Beisammensein, in dessen Verlauf, nach der offiziellen Begrüßung durch den Vorsitzenden der „Typografia“ Berlin, Reinsdorf, der Vorsitzende des Prager Buchdruckerverbandes, Remecel, das Wort nahm, um, nach warmen Dankesworten für die in Berlin genossene Gastfreundschaft, darauf hinzuweisen, welchen Wert nicht nur die Prager Buchdrucker, sondern die gesamte Arbeiterschaft auf gute Beziehungen zu ihren deutschen Kollegen legen, und dessen Rede in einer herzlichen Einladung an die Berliner Sänger, recht bald nach Prag zu kommen, ausklang. Es sprachen noch der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, Seip, und der Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Großmann, der in tief zu Herzen gehender Rede die Klust besagte, welche noch immer die Röhler, auch die arbeitenden Teile, voneinander trenne, und der die Prager zu tätiger Mitarbeit an der Überbrückung dieser Klust mahnte.

Alexander Weinbaum.

Gräuaufrührungen der Woche. Donnerst. Kammerstücke: „Das Raun.“ — Freit. Dr. Schomvian: „Die Bachantinnen.“ — Sonnab. — Freit. „Und Was Die Schine in der Finkernis.“

Irania-Vorträge. Sonnab. — Freit. „Mit Sang und Klang zwischen Schwarzwald und Alb.“; Mont. „In nordischen Ländern“; Dienst. „Mittw.“; Sonnab. „Unter Wälden und milden Tieren“; Freit. „Die deutsche Sdmart.“

Notizende für deutsche Kunst. Die im vorigen Jahre begründete Notizende für deutsche Kunst hat auf Grund staatlicher Unterstützung, auf Grund der Mittel, die aus dem Verkauf der sog. „Kunsthandbücher“ an den deutschen Kunstausstellungen stammen, und endlich auf Grund von Beiträgen ausländischer Freunde deutscher Kunst ihre Unterhaltungsarbeiten beginnen können. Es wurden Mittel für graphische Arbeit in großem Umlange angekauft: deutsches Büttenpapier, Kupferdruckpapier, Kupferdruckplatten, Röhler, die etwas nach diesem Material überlassen haben wollen, sollen einen Antrag, den der Vorstand ihrer Organisation mit unterzeichnet, an die Berliner Akademie der Künste richten.



## Sänger und Sonne.

Die Schwalben sind wieder in Berlin eingezogen! Ihre Ankunft läßt darauf schließen, daß wir endlich warme Tage zu erwarten haben. Im vorigen Jahre haben uns diese „Segler der Lüfte“ sehr verlassen. Sie mußten die Reise nach wärmeren Ländern schon vorzeitig antreten, weil sie infolge andauernden nothvollen Wetters für sich und ihre Jungen keine Nahrung mehr finden konnten. Aber nicht allein die Schwalben sind wieder eingetroffen, sondern mit ihnen auch die sonstigen Angehörigen der gefiederten Welt. Nur einige Gattungen, unter diesen der Kuckuck und mehrere Arten Grasmücken, haben sich noch nicht angemeldet. Sie haben die Gepflogenheit, immer etwas später zu erscheinen. Nach ihrer Ankunft wird sich das Konzert in Feld und Wald, das bereits begonnen hat, verstärken und mehrstimmig werden. Auch die Königin der Sängerrinnen, unsere Nachtigall, läßt sich schon seit einigen Tagen, oder besser gesagt, seit einigen Nächten hören. Aber ihr Gesang ist noch kurz und auch melodisch noch unvollständig. Er kündigt noch das feurige Liebeswerben der Männchen um die in der Regel etwas später kommenden Weibchen an. Hat erst das Brutgeschäft begonnen, so wird der Gesang ruhiger, anhaltender und melodischer. Leider nimmt die Zahl der Nachtigallen, wie überhaupt die Zahl unserer vornehmsten Feld- und Waldvögel in den Gehäusen in und um Berlin, auf Feldern und Rainen, stetig weiter ab. Diese Abnahme vollzieht sich in dem Maße der Zunahme der Siedelungen und der Ausrottung des Unterholzes im Walde und an den Feldrainen. Es fehlt den Vögeln an Unterholz zum Nisten und an Nahrung, deshalb müssen sie sich gestricheltere Stätten aufsuchen.

## Prozeß Wofal.

### Das große Autogeschäft.

In den beiden letzten Tagen wurde im Prozeß Wofal unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Es handelte sich um die Schrotzgeschäfte, die Wofal zum Schaden verschiedener Reichsstellen getätigt hat. Die Anklage legte Wofal zur Last, daß er es verstanden habe, leitende Persönlichkeiten bei den in Frage kommenden Stellen für sich gewinnen und dann mit deren Hilfe falsche Gewichte über die von ihm gekauften Schrottmengen in die Vogerbücher eintragen zu lassen. Es wurden in nicht öffentlicher Sitzung eine Anzahl Direktoren und Geschäftsführer der Firmen und Reichsbetriebe vernommen, die durch den Angeklagten geschädigt worden sind.

Nachdem gegen Mittag die Öffentlichkeit wiederhergestellt worden war, wurden einige Autogeschäfte Wofals verhandelt. Der Angeklagte hatte von Direktor Dührberg von der Reichstreuhandgesellschaft im April 1921 111 Automobile gekauft, für die er eine Anzahlung von 180 000 M. geleistet hatte. Die Kraftwagen wurden ihm dann übereignet, weil angeblich die Kaserne in Rankwitz, auf deren Gelände die Wagen standen, von einem Truppenleitenden gebraucht wurde und der Platz freigemacht werden mußte. Die Anklage legt Wofal jetzt zur Last, daß er von der Reichstreuhandgesellschaft einen Schadenersatz habe erlangen wollen und mit dem Händler Schuppe vereinbart habe, den Erlös dann zu teilen. Als der Händler Schuppe die zu übernehmenden 111 Wagen bei Wofal besichtigte, soll ihm aufgefallen sein, daß die Kühler, Magneten und andere wertvollen Teile frisch abgegründelt waren. Wofal erklärte, daß er bei der Reichstreuhandgesellschaft schon Reklamation erhoben hatte, weil die Wagen teilweise gestohlen oder in einem minderwertigen Zustande geliefert worden seien. Die Anklage behauptet, daß Wofal diese Teile abmontiert und versteckt habe, damit der von der Reichstreuhandgesellschaft zu erwartende Schädiger die Wagen in demontiertem Zustande vorfinde. Tatsächlich hat Wofal auf seine, wie die Anklage annimmt, fingierte Reklamation von der Reichstreuhandgesellschaft einen Nachschuß von 50 000 M. gewährt erhalten. Ein weiterer Anklagepunkt gegen Wofal besteht darin, daß er von den 111 Automobilen zwei Wagen untergeschlagen habe. Der Angeklagte behauptete, daß er einige Wagen für sich reserviert hätte, und daß die Kühler und anderen Teile von den Schloßern abgeschraubt worden seien, solange die Wagen noch auf dem Gelände in Rankwitz standen. Das sei auch mit ein Grund gewesen, daß die Reichstreuhandgesellschaft ihm die Wagen ausgehändigt habe. — Der als Zeuge vernommene Direktor Dührberg erklärte, daß die Wagen unter allen Umständen Eigentum der Reichstreuhandgesellschaft bleiben sollten und daß Wofal kein Verkaufs- und Versteigerungsrecht gehabt habe, solange der Kaufpreis nicht voll bezahlt war. Auf die Frage eines Beifigers, wie Wofal mit der Reichstreuhandgesellschaft in Verbindung gekommen sei, gibt der Zeuge an, daß W. Empfehlungsschreiben gehabt habe.

## Der Mord im Kuhstall.

Eine späte teilweise Sühne fand gestern durch den Spruch der Geschworenen eine furchtbare Missetat, der die alte Besitzfrau Bergemann in Liebenwalde im Jahre 1919 zum Opfer gefallen ist. Der Hausdiener Wilhelm Schmidt hatte gemeinsam mit einem kühnlich gewordenen Arbeiter Elstermann, der sich jetzt bei der Fremdenlegation befindet, die alte Witwe Bergemann im Kuhstall ermordet. Beide hatten bei dem Besitzer des Gehöftes, dem Schwiegerohn der Ermordeten, als Knechte Stellung angenommen. Als am Tage nach ihrem Dienstantritt der Besitzer mit seiner Frau in die Stadt gefahren war und die beiden neuen Knechte sich mit Frau Bergemann allein in dem Gehöft befanden, hatten sie die alte Frau im Kuhstall überfallen und ihr in unsäglich roher Weise mit einer Wogenstange den Schädel eingeschlagen. Sodann hatten sie das Gehöft ausgeplündert. Die Geschworenen erkannten auf schuldig des Totschlags in Tateinheit mit schuldigem Raub, billigten dem Angeklagten aber widernde Umstände zu. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

## Teure Bewachung der städtischen Ferienspielplätze.

Es ist überaus traurig, daß selbst so gemeinnützige Einrichtungen wie die städtischen Ferienspielplätze vor Dieben nicht sicher sind, und ständig bewacht werden müssen. So war für eine schwächliche Beobachtung des Spielplatzes Tegeler durch die Berliner Wach- und Schließgesellschaft eine Ausgabe von mehr als einer halben Million Mark erforderlich. Die hohen Zeitwerte, die in den Brunnen, Küchenanlagen und Unterkunftsstellen stecken, bedingen auch die Überwachung der übrigen Außenspielplätze. Der Magistrat ist jetzt dabei, alle die hier vorgekommenen Diebstahlschäden abzuschätzen und eine Uebersicht über die Höhe der noch nötigen Bewachungskosten aufzustellen. Mit diesen Geldern, die in die Millionen gehen, hätte viel für die nothleidende Jugend getan werden können. Bieleicht führt die Not der Zeit eines Tages dazu, daß die Jugend selbst den Schutz dieser für sie und nur für sie geschaffenen Anlagen in irgendeiner Form organisiert.

## Auf wessen Kosten?

Aus der Tierärztlichen Hochschule werden uns ein paar Fälle bestreblicher Verschwendung gemeldet. Die Hochschule hat in dem Block zwischen Luisen-, Philipp- und Karlstraße ein sehr umfangreiches Grundstück, auf dem hinter ihrem Hauptgebäude allerlei Wirtschaftsbauten und auch Wohnhäuser für Beamte und Angestellte stehen. Den Bewohnern ist es gestattet, Hühner bis zu acht Stück zu halten; ein Wehr soll im Interesse der Ordnung nicht zugelassen werden. Einer der Beamten darf aber mehr als die doppelte Zahl Hühner halten; auch zieht er Lauben, Kaninchen und Meerschweinchen und macht ein Schweln. Wahrscheinlich, daß diese keinen Stillen einen Besuch abstrafen könnten, läßt er oft zur Hochzeit stundenlang das elektrische Licht in Betrieb. Sind

wir so reich an Kohlen, daß ein einzelner sich solchen Luxus leisten darf? Und wer trägt die Kosten dieser Verschwendung? Der Beamte zahlt dafür keine Entschädigung, mitlin fallen die Kosten dem Staat zur Last. Derselbe Beamte treibt auch Gartenbau auf einem kleinen Stück Land bei Hohenneudorf. An Sonntagen hat er mit Wagen und Pferd, die zum Betrieb der Hochschule gehören, also Eigentum des Staates sind, Dung nach Hohenneudorf hinausgefahren. Auch für diese Verwendung von Staatseigentum zu eigenem Nutzen braucht von ihm keine Vergütung gezahlt zu werden, obwohl weder das Pferd noch der Wagen dabei besser wird. Für Herabgabe von Wagen und Pferd berechnen private Fuhrunternehmer jetzt eine Tagesvergütung, die ein kleines Vermögen bedeutet.

## Totschlag am Chemann.

Eine entsetzliche Ehekränkung, zu der offenbar wieder einmal der Alkohol den Anstoß gegeben hat, spielte sich gestern Abend in Köpenick ab. Gegen 10 Uhr erschien die 46 Jahre alte Ehefrau Auguste Schwarz, die mit ihrem zwei Jahre jüngeren Manne Wilhelm Schwarz, einem ehemaligen Heizer und ihrem 20 Jahre alten Sohne, dem Heizer Karl Schwarz in Antsstraße Nr. 10 wohnte, auf der Wache des 241. Reviers in Köpenick und beschuldigte sich selbst, soeben ihren Ehemann erschlagen zu haben. Die Frau und ihr Sohn, den sie mitgebracht hatte, wurden in Haft genommen. Kriminalbeamte des Reviers begaben sich nach der Wohnung, um den Befund aufzunehmen, und verhörten dann die

## Jugend heraus!

Die arbeitende Jugend demonstriert zum Maijugendtag am Sonntag **Gegen den Raub des Achtstundentages, für Jugendschutz und Jugendrecht, für die Republik — Gegen nationalistische Verheugung.**

Vormittag 1/2 9 Uhr spricht im Lustgarten Reichstagsabgeordneter **Genosse Franz Künstler.**

1/2 12 Uhr Abfahrt vom Schles. Bf. nach Sadowa, Rest Sanssouci

Frau und den Sohn. Wie sie sagen, kam Schwarz abends betrunken und sehr aufgeregt nach Hause und brach mit Frau und Sohn einen Streit vom Zaune. Als er seine Frau auch tödlich angriff, sprang der Sohn seiner Mutter bei und warf den Vater auf das Bett, um ihn zu beruhigen. Schwarz raffte sich aber wieder auf und sprang seinem Sohn an die Kehle. Jetzt holte die Frau aus dem Nebenzimmer einen alten Armeeespolier mit Hahnschloß, nahm diesen am Lauf und schlug mit Kolben und Hahn so heftig auf den Kopf ihres Mannes ein, daß das Blut aus mehreren Wunden herausströmte. Während der Sohn nun aus der Wohnung lief, schlug die Frau noch länger auf dem zusammengebrochenen Mann in blinder Wut ein. Als der junge Schwarz bald darauf zurückkehrte, versuchten beide, das Blut zu stillen. Es war jedoch zu spät, der Mann war schon tot.

## Wucherstandgericht auf dem Tempelhofer Markt.

Die seit einiger Zeit mit vielem Erfolg auf den Groß-Berliner Wochenmärkten arbeitenden Wucherstandgerichte haben zum ersten Male auch in Tempelhof in nachdrücklicher Form eingegriffen. Auf dem im 13. Berliner Bezirk bekannten Markt Berliner Ecke Ordensmeisterstraße, erschien gestern vormittag das Wucherstandgericht, bestehend aus einem Staatsanwalt, einem Richter, einem Kommissar und sechs Beamten. Als Gerichtslokal wurde das in der Nähe des Tempelhofer Wochenmarktes gelegene Polizeiamt Tempelhof bestimmt. In schneller Reihenfolge wurden 8 Fälle bearbeitet und durch Verurteilung erledigt. Darunter befindet sich auch die Verurteilung eines auf dem Markt anlässigen Schächtermeisters B., dessen Waren keine Preisauszeichnung aufwiesen. Wohl oder übel mußte er sofort mit zur Gerichtsstelle kommen, wo ihm für sein „Versehen“ eine Geldstrafe in Höhe von 11 000 M. zudiktirt wurde, die sofort bezahlt werden mußte. Sein Einwand, das Preisgeld wäre infolge des herrschenden Sturmes fortgeschwunden, fand keinen Glauben. Die auf dem Markte zahlreich anwesenden Hausfrauen begrüßten allgemein das energische Vorgehen des Wucherstandgerichts.

## Unveränderte Werktarife.

Der Ausschuß der Städtischen Wertsdeputation beschloß heute morgen, die Tarife der städtischen Werke für Gas, Wasser und Elektrizität im Monat Mai gegenüber dem Vormonat nicht zu verändern, so daß es bei den bisherigen Preisen: für Gas 650 M., Elektrizität 1050 M. und Wasser 400 M. bleibt.

Neue Preise für markenfrees Brot. Der Zweidervand der Bäckermeister schreibt uns: Infolge der ganz ungewöhnlich steigenden Weizenpreise sind wir weiter gezwungen, die Preise für freies Gebäck zu erhöhen. Es kostet ab Montag, dem 7. Mai cr., ein markenfrees Brot 2200 M., eine Schrippe 90 M.

Das Fest der Albernus Hochzeit feiert heute Genosse Adolf Doppelhainer und Frau, Kaufm., Domstraße 12. Seit 30 Jahren liebt Genosse Doppelhainer ununterbrochen den „Bormärts“. Unten besten Wänschen des Getreues und seiner Gattin. — Die Profraulein Fräulein Rosa Abraham feiert am 9. Mai ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Warm und zunächst vielfach heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung und Gemütsneigung.

## Jugendveranstaltungen.

Wichtig. Obener zum Maijugendtag! Die Ausgabe der Binden erfolgt ab 8 Uhr auf der Freitreppe am Alten Lustgarten.  
Die Genossen, die Zeitungen verteilen, müssen die „Internationale Weltzeitung“ unbedingt mitbringen.

## Devisenkurse.

	5. Mai		4. Mai	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	13368.50	13433.50	14787.93	14862.07
1 argentinische Papier-Peso	12206.25	12390.75	18715.62	18784.88
1 belgischer Franc	1980.03	1989.97	2169.56	2180.44
1 norwegische Krone	5705.70	5784.30	6453.82	6486.18
1 dänische Krone	6904.20	6935.80	6957.56	6992.44
1 schwedische Krone	9007.42	9052.58	9975.—	10025.—
1 finnische Mark	947.62	952.38	1032.41	1087.59
1 japanischer Yen	16957.50	17042.50	18154.50	18245.50
1 italienische Lire	1685.82	1674.18	1825.42	1834.58
1 Pfund Sterling	156907.50	157392.50	175061.25	175983.75
1 Dollar	34187.38	34360.62	37506.—	37694.—
1 französischer Franc	2294.26	2305.75	2518.70	2526.30
1 brasilianischer Milreis	3040.87	3059.13	4064.81	4085.19
1 Schweizer Franc	6219.41	6250.59	6792.97	6827.03
1 spanische Peseta	5244.35	5270.65	5710.68	5739.32
100 österr. Kronen (abgeh.)	48.02	48.28	52.81	52.99
1 schwedische Krone	1029.42	1034.58	1117.20	1122.80
1 ungarische Krone	6.48	6.52	7.03	7.07
1 bulgarische Leva	268.84	264.66	285.29	286.72
1 jugoslawischer Dinar	859.10	860.90	303.81	305.79

## Bewerkschaftsbewegung

### Preiswucher und Hungerlöhne.

In Nr. 189 vom 24. April veröffentlichten wir nach der „Sozialen Bauwirtschaft“ eine Untersuchung über das Verhältnis von Lohn und Arbeitsleistung im Baugewerbe vor dem Kriege und jetzt. In Nr. 9 vom 1. Mai ergänzte die „Soziale Bauwirtschaft“ ihre Untersuchung, indem sie die Verschiebung der verschiedenen Produktionskosten feststellte. Im ersten Artikel war festgestellt worden, daß die Lohnkosten einer Wohnfläche von siebzig Quadratmeter von 1532 Goldmark auf 750 Goldmark, also um mehr als die Hälfte gesunken waren. Nunmehr veröffentlicht die „Soziale Bauwirtschaft“ die Verschiebung des Anteils an den Baukosten, der Baustoffe, Geschäftsumkosten und Risikoprämie.

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die Baukosten einer Kleinwohnung von rund 4922 Goldmark (Juli 1914) auf rund 4998 Goldmark (März 1923) gestiegen sind. Trennen wir die Baukosten nach Baukosten einerseits und Lohnkosten, Geschäftsumkosten, Umfasssteuer und Risikoprämie andererseits, so finden wir, daß die Kosten der Baustoffe im Vergleich zum Jahre 1914 um 38 Prozent gestiegen, die gesamten anderen Kosten eines Hauses indessen um 58 Proz. gesunken sind. Die Kürzung des Einkommens der baugewerblichen Lohn- und Gehaltsempfänger und der Verdienste der bauausführenden Betriebe ist nur zu etwa 12 Proz. dem Steuerfiskus (Umsatzsteuer), zu 88 Proz. aber der baustoffherzeugenden Industrie und dem Baustoffhandel zugeflossen. Diese Feststellung ergibt sich auch aus folgenden Ziffern:

1914: Baustoffe 2668 Goldmark = 54 Proz., übrige Kosten 2254 Goldmark = 46 Proz. 1923: Baustoffe 3697 Goldmark = 74 Proz., übrige Kosten 1301 Goldmark = 26 Proz.

Die Baustoffherzeuger und Baustoffhändler sowie die ihnen zuarbeitenden Industrien haben gegenüber dem Verdienst vor dem Kriege bei jeder Kleinwohnung einen zusätzlichen Gewinn von rund 1029 Goldmark, also mehr, als die so verschrienen gesunkenen Lohnkosten ausmachen, in Anspruch genommen. Bei etwa 60 000 Wohnungen, die im Jahre 1922 gebaut wurden, macht dieser Reibergewinn die sicher nicht bescheidene Summe von 62 Millionen Goldmark oder 310 Milliarden Papiermark aus. Angesichts obiger Ziffern, die auch der Reichsregierung bekannt sein müssen, hat man sich immer noch nicht entschließen können, den Syndikaten und Kartellen und dem Baustoffhandel auf den Leib zu rücken. Betrachtet man in der nachfolgenden Zusammenstellung die Steigerung der Baukosten für die einzelnen Baustoffe gesondert, dann finden wir, daß bei den Baustoffen, Glas, Zink, Farbe und Eisen, also dort, wo die stärksten Syndikate herrschen, die größten Steigerungen eingetreten sind.

Würden wir den obigen Ziffern die Entwicklung der Preisgestaltung von 1918 bis heute hinzusetzen, dann würden wir einwandfrei sehen, daß die Ueberführung des „freien Spiels der Kräfte“ in die Zwangswirtschaft der Kartelle und Syndikate ein fortschreitender Raub an dem Einkommen der produktiv tätigen Arbeiterschaft ist. Noch Mitte 1922 waren die Baukosten einer Kleinwohnung, in Goldmark umgerechnet, 22 bis 25 Proz. niedriger als im Frieden. Die letzte Preiswelle auf dem Baustoffmarkt hat es aber dahin gebracht, daß die Lohnkosten ständig sanken und die Baustoffpreise stiegen. Am 1. März 1923 war trotz sinkender Goldmarklöhne der Bau einer Kleinwohnung schon um ein Prozent teurer als im Frieden.

Begrenzt wir die aus dem Wohnungsbau oben ermittelten Ziffern zugrunde, dann entfallen auf die Baustoffe heute rund 74 Proz. oder rund 3 Milliarden Goldmark, auf die Löhne dagegen nur 15 Proz. oder 620 Millionen Goldmark. Gegenüber dem Friedensverhältnis verdienen demnach die Baustoffherzeuger und Baustoffhändler heute 800 Millionen Goldmark oder 4 Billionen Papiermark mehr, die Bauarbeiter verdienen rund 640 Millionen Goldmark oder 3,2 Billionen Papiermark weniger.

Die Zahlen zeigen mit schlagender, unüberleugter Deutlichkeit, welches die Ursachen der ungeheuren Wirtschaftskrise in Deutschland sind. Infolge der Entwertung der Reallohne und der Ueberwertung der Roh- und Halbfabrikate sind nicht allein die deutschen Verbraucher außerstande, die Syndikatpreise zu zahlen, auch gegenüber dem Ausland werden wir trotz der deutschen Hungerlöhne konkurrenzunfähig. Die Reallohne — und nicht die Papierlöhne — müssen also erhöht, die Wucherpreise durch scharfe Kontrolle herabgesetzt werden. Und dies muß sofort in Angriff genommen werden.

## Vorläufige Regelung.

Infolge der Vorstellung der Spitzenorganisationen im Reichsfinanzministerium hat dieses den Magistrat der Stadt Berlin ermächtigt, die am 10. Mai fällige Vorjahrzahlung noch heute zur Auszahlung zu bringen. Damit dürfte die Krise in den Gemeindebetrieben der Stadt Berlin für den Augenblick beseitigt sein.

Eine Lösung der Krise ist damit aber keineswegs erreicht. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat unentgeltliche Zustände geschaffen. Die Wucherpolitik der Syndikate und Kartelle, des Spekulantentum und der Zwischenhandel hoben die Reallohne derart aus, daß sich die Arbeiterschaft wie allen Verbrauchern eine Verzweiflungssituation in der Hand befindet. Die gegenwärtige Situation birgt die schwersten Gefahren in sich. Die sorgfältigen Nachforschungen, die das Spekulantentum und die Rohstoffsyndikate gegen die Außenpolitik der Reichsregierung führt, hätte diese längst veranlassen müssen, energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Gewerkschaften sind einfach nicht in der Lage, der Verzweiflung der Massen Herr zu werden, wenn nicht eine Wirtschaftspolitk in Angriff genommen wird, die der Ausplünderung der Verbraucher wie des Staates ein Ziel setzt, und wenn die Arbeitseinkommen nicht der Leuerung angepaßt werden. Jede Verzögerung kann zu einer inner- und außenpolitischen Katastrophe führen.

## Die städtische Schwerarbeiterzulage.

Man schreibt uns: Am 18. April trat ich in den Dienst des Krankenhauses Reinickendorf. Bei der Lohnabrechnung mußte ich die betrübende Tatsache feststellen, daß der Magistrat noch jetzt eine Schwerarbeiterzulage von 10 Pfennigen pro Stunde gewährt. Um sich diese Zulage zu erringen, müssen Heizer, Kohlentrimmer, Schloffer usw. bei einem Stundenlohn von 906 M. genau so arbeiten wie die Kollegen in der Industrie. Und was kann sich ein Schwerarbeiter dafür kaufen? Im Jahre = 300 Arbeitslage mal 8 Stunden = 240 M. — also drei markenfrees Schrippen, zwei Briefbögen oder ein Paar Schnürsenkel; nicht einmal eine einfache Straßenbahnfahrt im Jahre. Wieder nichts als eine falsche Vergünstigung; die Angestellten sind dann weniger belastet; Tinte, Papier und Zeit werden gespart.

## Im Indrapark, Greifswalder Straße 128/138, sind an

Stelle der unter dem Tarif spielenden Beamtenmusiker tarifmäßig bezahlte Berufsmusiker getreten. Es besteht somit für die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft keine Veranlassung mehr, sich von dem Besuch des Indraparks fernzuhalten. Deutscher Musiker-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wichtige USPD-Betriebsräte des graphischen Gewerbes. Veranlassung am Montagabend 5 Uhr. Bei Beginn 8 Uhr. 44. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben. Erscheinen unbedingt erforderlich. Karte und Vertretung legitimiert.  
Die Fraktionsvorstände des graphischen Gewerbes.



